



---

FDP | 01.10.2016 - 13:00

## **LAMBSDORFF-Gastbeitrag: Orbans Anti-Ausländer-Spektakel muss uns nicht interessieren**

Berlin. Das FDP-Präsidiumsmitglied und Vizepräsident des Europäischen Parlaments ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF schrieb für „Focus Online“ den folgenden Gastbeitrag:

Volksabstimmungen erfreuen sich dieser Tage großer Beliebtheit – besonders, wenn es gegen Europa geht. Im April sollten die Niederländer ihre Meinung zum EU-Abkommen mit der Ukraine kundtun. Im Juni stimmten die Briten gegen ihre EU-Mitgliedschaft. Und morgen ruft Viktor Orban die Magyaren an die Wahlurnen, um darüber abstimmen zu lassen, ob Ungarn beim Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge in Europa mitmachen soll oder nicht.

In einem Land, in dem fast 70 Prozent erzkonservativ oder sogar rechtsextrem wählen, ist der Ausgang vorgezeichnet. Da interessiert auch nicht, dass es sich bei den Flüchtlingen zum Großteil um dringend hilfsbedürftige Menschen aus Bürgerkriegsstaaten handelt. Rechtlich bindend ist dieses Votum nicht. Aber Orban sucht damit Rückhalt im eigenen Volk für seine schon seit Jahren offen fremdenfeindliche Politik. Gleichzeitig beschimpft er die EU, als ob sie eine fremde Macht wäre und nicht ein friedlicher Bund, dem Ungarn sich im Jahr 2004 aus freien Stücken und unter großem Jubel angeschlossen hat.

Das ist in zweierlei Hinsicht schlecht: für Europa und für die Demokratie. Wenn nationale Regierungen ständig so tun, als hätten sie mit der EU nichts zu tun, obwohl ihre Minister und Beamten dort alle Entscheidungen mitprägen, dann schadet das der Glaubwürdigkeit Europas. Die Folgen kann man gerade in Großbritannien besichtigen, wo der Schock über die Konzeptlosigkeit der Brexit-Befürworter nur noch von der Angst über die wirtschaftliche Entwicklung übertroffen wird.

Zum Zweiten werden aber auch Referenden zunehmend entwertet, wenn man sie immer wieder für populistische Stimmungsmache missbraucht. Keine Frage: gerade auf Kommunal- und Landesebene können Volksentscheide gut für die Demokratie sein. Olympia in Hamburg oder Stuttgart 21 sind gute Beispiele: auf den konkreten Einzelfall bezogen und in einem begrenzten regionalen Kontext. Doch gerade das Referendum in den Niederlanden unterstreicht, wie aberwitzig solche Abstimmungen auf nationaler Ebene zu EU-Themen sind.

Weniger als 20 Prozent der Wahlberechtigten hatten sich gegen das Abkommen mit der Ukraine ausgesprochen, obwohl dieses zuvor von allen 28 nationalen Parlamenten, 28 nationalen Regierungen und dem EU-Parlament verabschiedet worden ist. Wenn zwei Millionen Niederländer die demokratisch einwandfreien Entscheidungen der anderen 508 Millionen EU-Bürger kippen könnten, dann befiele die EU eine Lähmung, in der gar nichts mehr entschieden werden kann, auch dort nicht, wo es wirklich wichtig wäre. Dass die Sicherung unserer Außengrenzen, eine faire Asylpolitik und eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge dazu gehören, daran gibt es aus Sicht der Freien Demokraten keinen Zweifel.

Nun ist Ungarn ein Sonderfall. Das Land verstößt bereits seit Jahren systematisch gegen Grundwerte der EU. Doch solange in Brüssel die Parteifreunde von der Europäischen Volkspartei, also auch die Vertreter von CDU und CSU, schützend ihre Hand über den ungarischen Volkstribun halten, fühlt er sich unangreifbar. Erst gestern hat der CSU-Europaabgeordnete Ferber die ungarische Abschottungspolitik hier auf FOCUS Online mit der Behauptung gerechtfertigt, dass Frankreich, Belgien und die Niederlande

angeblich auch keine Flüchtlinge akzeptieren würden.

Diese Behauptung ist faktisch falsch und politisch brandgefährlich. Denn zum einen haben die genannten Länder ihre Verpflichtungen bei der Umverteilung von Flüchtlingen sehr wohl erfüllt. Und zum anderen liegt dem Verteilungsschlüssel ein rechtlich gültiger Beschluss des EU-Rates zu Grunde – also der Mitgliedstaaten der EU. Den Rechtsverstoß des einen Landes mit dem vermeintlichen Rechtsbruch eines anderen zu legitimieren, höhlt das Rechtsstaatsprinzip aus.

Angesichts solcher Töne überrascht es nicht, dass der Respekt gegenüber den Werten der EU in Budapest stetig abnimmt, während die finanzielle Unterstützung selbstverständlich mit Kusshand akzeptiert wird. Das wäre ein Thema, über das man in der CSU einmal reden sollte. Doch dort ist man gerade abgelenkt, denn der aussichtslose Kampf um die „Ausländermaut“ muss ja weitergehen. Vielleicht möchte Horst Seehofer dazu ein Referendum in Bayern abhalten? Das Ergebnis muss dann NRW, Sachsen oder Hessen genau wenig interessieren wie Orbans morgiges Anti-Ausländer-Spektakel die anderen Länder der EU. Nämlich gar nicht.

---

**Quell-URL:**<https://www.liberale.de/content/lambsdorff-gastbeitrag-orbans-anti-auslaender-spektakel-muss-uns-nicht-interessieren>